



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

P/XII/128 - 6. Juni 1957

Hinweise

auf den Inhalt:

Katholizismus und Sozialdemokratie	S. 1
Zur Stand der Abrüstungsverhandlungen in London	S. 5
H.G. Ritzel, MdB: Randbemerkungen zum Bundeshaushalt	S. 7
Radioaktivversuche Sowjetunion	S. 9

Darf ein Katholik SPD wählen?

Von Helene Wessel

Auf einer Tagung der Katholischen Arbeiterbewegung in Rheinhausen erklärte der hochw. Herr Bischof von Münster, Michael Keller, am vergangenen Sonntag, dass der Katholik nicht SPD wählen könne. Er bestritt nicht, dass die SPD manches Gute und Begrüßenswertes erstrebe und nichts den Katholiken daran hindere, die SPD bei solchen Bestrebungen zu unterstützen. Da aber die SPD in Theorie und Praxis der Gewissensüberzeugung des Katholiken widerspräche und sie nicht auf dem Boden des Naturrechtes stehe, könne der Katholik die SPD nicht wählen.

Diese Worte eines Bischofs müssen ernst genommen, aber ebenso an der tatsächlichen Wirklichkeit und dem Verhalten der SPD geprüft werden. Es liegt da nahe, die Haltung der SPD in Nordrhein-Westfalen an ihrer praktischen Regierungspolitik zu überprüfen. Unter der Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Steinhoff ist weder im Hinblick auf die Konfessionschule, noch in Verhältnis zu den Kirchen eine Änderung gegenüber der Regierung des CDU Ministerpräsidenten Arnold festzustellen. Die Landesregierung hat einen erheblichen Zuschuss zum Katholikentag in Köln gegeben. Sie hat dem Vortrag über das neue Bistum Essen mit der Kirche abgeschlossen. Die evangelische Kirche hat sie eingeladen, den in der Ostzone abgesagten Kirchentag in Nordrhein-Westfalen stattfinden zu lassen. Dieses Verhalten zeigt, dass die SPD nicht die antichristliche und antikirchliche Partei ist, zu der man sie

6. Juni 1957

aus parteipolitischen Gründen nach wie vor abstempeln möchte. An ihren Früchten aber sollt ihr sie erkennen, heisst es in der Bibel.

Bei der Frage, ob der Katholik SPD wählen dürfe, handelt es sich aber auch um eine grundsätzliche Entscheidung. Auch für den Katholiken ist das Gewissen und die Entscheidungen, die er nach sorgfältiger Gewissensprüfung fällt, die Richtlinie seines Handelns in der Welt. In einem Artikel der "Kettelerwacht" (Wochenzeitung der kath. Arbeiterbewegung): "Der Christ im öffentlichen Leben" (2.4.1949) heisst es:

"Gott hat uns die Richtlinien für unser sittliches Handeln gegeben. Er hat es uns aber überlassen, die praktischen Massnahmen auf Grund eigenen Denkens durchzuführen. Das will besagen, dass in der Politik vielfach nicht nur ein Weg, sondern eine Reihe Wege sittlich erlaubt sind. Welcher Weg beschritten wird, unterliegt alsdann der freien Entscheidung des Menschen. Mit dem Hinweis auf die sittlichen Gebote des Christentums allein lassen sich unmittelbar nur wenige politische Massnahmen rechtfertigen".

Die Verantwortung für die Entscheidungen, die der Katholik im weltlichen Raum zu vollziehen hat, kann ihm keiner abnehmen. Das geht auch aus der Ansprache des Papstes vom 27. April 1957 hervor. Was der Hl. Vater hier sagte, ist von grundsätzlicher Bedeutung für den Auftrag der Katholiken in der Welt. Er fordert den Katholiken zu selbstkritischem Nachdenken und zu entschlossenem Handeln auf; er ermahnt ihn, überall dort anzupacken, wo die natürlichen Gesetze geachtet werden.

Auf diese Aktivität des Katholiken wartet die Welt. In gemeinsamer Arbeit mit allen Menschen, die guten Willens sind, gilt für den Christen der natürliche Schöpfungsauftrag, sich die Welt untertan zu machen, angesichts der gefährlichen Bedrohung der Welt und der Menschheit durch die furchtbaren atomaren Waffen heute in besonderer Weise. Überall gibt es Mitmenschen, die, ohne im Raum der Kirche zu stehen, die natürlichen Gesetze bejahen, die katholische Soziallehre als eine reale Möglichkeit für eine neue Sozialordnung halten, ihre Bereitschaft zeigen, die geistigen und gesellschaftspolitischen Probleme in einer fruchtbaren Begegnung ^{mit} der Wertethik des Christentums zu lösen.

Zu diesem entschlossenen Handeln auch mit anders denkenden Mitmenschen fordert der Papst die Katholiken in seiner Ansprache auf, indem er sagte, die katholischen Gläubigen seien in der heutigen Welt berechtigt, auch in Organisationen mitzuarbeiten,

"in denen Gott nicht ausdrücklich als Schöpfer und Gesetz-

geber des Universums anerkannt ist".

Die Mitarbeit der Katholiken in solchen Organisationen wird an folgende Voraussetzung geknüpft:

"Daher ist die Mitarbeit der Katholiken in allen Einrichtungen wünschenswert, die in Theorie und Praxis die Gegebenheiten der Naturgesetze respektieren".

Für seine von grösster grundsätzlicher Bedeutung für die Arbeit der Katholiken im weltlichen Raum gegebenen Richtlinien fügt der Hl. Vater erklärend hinzu:

"Ohne in der Tat zu vergessen, dass sein letztes Ziel die Mitwirkung am ewigen Heil seiner Brüder ist, wird sich der Christ immer dessen bewusst sein, dass die Ankunft des Reiches Gottes in den Herzen und den sozialen Einrichtungen meist nur ein Minimum an menschlicher Entfaltung erfordert, dass dies ein einfacher Anspruch der Vernunft ist, wonach sich jeder Mensch normalerweise richtet, auch wenn er nicht die Gnade des Glaubens besitzt".

Auch für den politischen Raum gelten die Worte des Papstes. Sie machen es dem Katholiken möglich, nach sorgfältiger Prüfung ihres Gewissens und aus der Gewissensfreiheit heraus in jenen Parteien mitzuarbeiten, die sie für ihre politische Zielsetzung für richtig erkennen. So gesehen ist die Ansprache des Papstes von grösster Wichtigkeit auch für die Mitarbeit des Katholiken in der SPD. Weil die Menschen aus der bestehenden Wirklichkeit heraus ihre verschiedenen Folgerungen ziehen, ist auch ihre politische Einstellung verschieden. Es hat noch nie eine Zeit in Deutschland gegeben, in der alle Katholiken in einer Partei sich gesammelt haben. Nicht einmal in der Zeit des von Bismarck gegen die Katholiken und die katholische Kirche geführten Kulturkampfes standen die Katholiken in einer Partei.

Die weltweite Offenheit der katholischen Kirche, die in der Ansprache des Papstes sichtbar wird, sollte dazu beitragen, dass der Bundestagswahlkampf im Zeichen echter politischer Auseinandersetzungen geführt wird. In dem Bestreben aller jener, die die Kirche vor den Wagen einer Partei spannen wollen, liegt eine grosse Gefahr. Eine solche Entwicklung bringt die Kirche in eine Verengung, die alle wahren Christen mit Sorge erfüllen muss. Es trifft heute das Wort des Kardinals von Rossum zu:

"Während in der Ferne Zehntausende gewonnen werden, gehen in der Heimat Hunderttausende verloren".

Bei der Beurteilung der SPD sollte man nicht vergessen, dass -4-

sie entstanden ist in einer Zeit, in der "Thron und Altar" und eine verbürgerlichte Gesellschaftsschicht die echten sozialen Anliegen der Arbeiterschaft nicht sah oder nicht sehen wollte. Den Sozialisten und die Sozialdemokratische Partei dieser antikirchlichen Kampfzeit gibt es heute nicht mehr. Das Bekenntnis der SPD zu religiöser Toleranz und Humanismus, zur Gestaltung einer neuen Sozial- und Gesellschaftsordnung, zur Achtung der natürlichen Gesetze sollte gerade den verantwortungsbewussten Christen verpflichten, nicht durch eine parteipolitische "Christliche Einheitsfront" weite Teile unseres Volkes zu neuer Gegnerschaft zur Kirche zu bringen.

In unserer von Angst und Unfreiheit bedrohten Welt gilt es die Front jener Menschen zu bilden, die der Hl. Vater in seiner Rede vor der "Pax Romana" anspricht, die in der herrlichen Freiheit der Kinder Gottes ihren Auftrag in der Welt erfüllen und auch in den Kümernissen des Alltags, in der politischen Mitarbeit ihrer Partei den Geist und die Liebe Christi ausstrahlen.

* * *

Wir lesen in der "Stuttgarter Zeitung":

Kirche und Politik

Die Erklärung des Bischofs von Münster, dass ein gläubiger Katholik es vor seinem Gewissen nicht verantworten könne, seine Stimme der SPD zu geben, ist dazu angetan, den Wahlkampf auf unnötige Weise zu komplizieren und zu verschärfen. Die Schuld daran trifft allerdings in erster Linie nicht den Bischof, sondern diejenigen Politiker, die ihm öffentlich eine diesbezügliche Frage gestellt haben. Für die Beantwortung der Frage, welcher Partei ein Bundesbürger katholischer Konfession seine Stimme gegen dürfe oder müsse, ist nämlich die Kirche in keinem Falle zuständig. Wer solche Fragen trotzdem stellt, fördert die Konfessionalisierung und Klerikalisierung unseres politischen Lebens. Dagegenüber muss betont werden, dass eine heilsame Entwicklung unserer Innenpolitik nur zu erwarten ist, wenn es gelingt, die weltanschaulichen Elemente, die in Deutschland seit hundert Jahren eine verhängnisvolle Rolle im politischen Leben gespielt haben, zurückzudrängen. Wenn eine Kirche auf diese Weise, wie es der Bischof von Münster jetzt getan hat, in den parteipolitischen Tageskampf eingreift, darf sie sich nicht wundern, wenn sie bei anderer Gelegenheit ganz gegen ihren Willen von politischen Entscheidungen in Mitleidenschaft gezogen wird. Wir haben in der deutschen Geschichte der letzten hundert Jahre zwei abschreckende Beispiele dafür, was ein Gegeneinander von Kirche und Staat bedeuten kann: Bismarcks Kulturkampf und Hitlers Kirchenverfolgung. Wir sollten daraus so viel gelernt haben, dass wir künftig den Kirchen einräumen, was zu ihren Rechten und Zuständigkeiten gehört, dass aber auch die Kirchen die Grenzen respektieren, die ihnen gegenüber der Tagespolitik und dem staatlichen Leben gezogen sind. Ein neuer Kulturkampf kann nur dem Ganzen schaden ohne irgend jemandem zu nützen.

Ld.

* * *

6. Juni 1957

Pfingstpause in London

Von unserem diplomatischen K.B.-Mitarbeiter

Kurz bevor sich die Abrüstungskonferenz in London bis Dienstag nach Pfingsten vertagte, hat der sowjetische Delegierte Sorin einen freiwilligen Verzicht der Grossmächte auf die Anwendung von Atomwaffen vorgeschlagen. Er fügte seinem Vorschlag hinzu, die Sowjetunion würde ein sofortiges Verbot von Atomwaffen vorziehen, wolle aber mit Rücksicht auf die Haltung der Westmächte auch ein Teilabkommen akzeptieren und nicht unbedingt auf der Forderung nach dem Verbot der Atomwaffen bestehen.

Der britische Delegierte Noble lehnte Sorins Vorschlag ab. Man müsse ein ausreichendes Überwachungssystem haben, meinte Noble, sonst sei ein Verzicht auf die Anwendung von Atomwaffen wertlos. Die Antwort Sorins: Überwachungssystem ist nicht notwendig, es genügt, wenn alle Regierungen, die über Atomwaffen verfügen, ein feierliches Verzichtversprechen abgeben. Dann wäre eine bessere Atmosphäre für weitere Verhandlungen über die anderen Abrüstungsprobleme vorhanden.

Es ist anzunehmen, dass Sorin vor der Pfingstpause noch einmal demonstrieren wollte, dass die Sowjetunion - ebenso wie übrigens die USA - die Verhandlungsaussichten nicht ungünstig einschätzen. Vielleicht diene sein Vorschlag aber auch dem Zweck, das im Ganzen nicht ungünstige Echo auf Chruschtschows Fernsehinterview noch etwas zu verstärken.

Der amerikanische Delegierte Stassen hat dagegen den mit Spannung erwarteten Vorschlag zur Errichtung einer rüstungsbegrenzten Kontrollzone wider Erwarten noch zurückgehalten. In Kreisen der Konferenzteilnehmer wird vermutet, dass Stassen noch einige Instruktionen Eisenhowers abwartet, die sich möglicherweise aus inzwischen bekanntgewordenen Vorbehalten der westlichen Alliierten ergeben könnten. Trotz der grossen Diskretion, mit der von amerikanischer Seite der Eisenhower-Vorschlag umhüllt wird, sind doch folgende Einzelheiten über die Vorbehalte einiger westlicher Alliierten durchgesickert.

Die Engländer, so wird behauptet - sollen darüber verärgert sein, dass die Position Grossbritanniens in einer von Eisenhower vorgesehene Inspektionszone nicht klar genug definiert wurde. Da auf amerikanischer Seite offensichtlich das Bestreben besteht, weltweite Regelungen in erster Linie zwischen Washington und Moskau auszuhandeln, England sich dagegen jetzt schon als "dritte Atomweltmacht" fühlt, - und dies auch schon deutlich gegenüber Washington zum Ausdruck gebracht hat - sollen gewisse Mißstimmungen bestehen.

Französische Vorbehalte gehen, wie Pariser Informationen besagen - auf kritische Bemerkungen des Generalstabs zurück. Die Regierungskrise in Paris hat dazu geführt, dass bei Verhandlungen über den - 6 -

6. Juni 1957

Eisenhower-Vorschlag zur Inspektionszone die noch amtierenden Minister von den Militärexperten in den Hintergrund gedrängt wurden. Da man in Washington weiss, dass "die Kaiser gehen, die Generale aber bleiben", scheint man sich in letzter Minute dazu entschlossen zu haben, wenigstens einige der Bedenken des französischen Generalsbats zu berücksichtigen.

Auch von deutscher Seite sollen Vorbehalte gegen den Eisenhower-Plan angemeldet worden sein. Die Amtsstuben des Bonner Auswärtigen Amtes sind nicht so dicht verschlossen, dass nicht auch hierüber einiges bekannt geworden wäre. So wird z.B. in diplomatischen Kreisen der Bundeshauptstadt berichtet, Bundeskanzler Adenauer sei "sehr verärgert" darüber, dass man ihm in Washington wenig oder gar nichts über die zukünftige militärische Position der Bundesrepublik im Rahmen einer Inspektionszone gesagt habe. Gedrängt von Verteidigungsminister Strauss, soll Adenauer zu diesem Punkt "zusätzliche Erläuterungen" in Washington erbeten haben.

Die Vermutung, der Bundeskanzler wolle die Phase der allgemeinen Unsicherheit über den Ausgang der Abrüstungsverhandlungen ausnützen und eine deutsche Initiative im Hinblick auf die Erörterung des militärischen Status Gesamtdeutschlands innerhalb einer europäischen Inspektionszone entwickeln, hat sich als unrichtig erwiesen. Wie verlautet, hat der Bundeskanzler dahingehende Anregungen einiger enger Mitarbeiter des Aussenministers mit der Bemerkung zurückgewiesen, "kommt gar nicht in Frage, dann hätten ja die Sozialdemokraten recht gehabt."

Trotz dieser von westlicher Seite angemeldeten Vorbehalte muss vermutet werden, dass die weitere Entwicklung der Abrüstungsverhandlungen in London unmittelbar von amerikanisch-russischen Fühlungnahmen abhängig ist, die hinter den Kulissen der offiziellen Diplomatie auch während der Pfingstfeiertage fortgesetzt werden. Aus diesem Grunde lässt sich schwer sagen, ob Washington die von seinen westlichen Alliierten in der vergangenen Woche vorgebrachten Kritiken an Eisenhowers Vorschlägen voll berücksichtigen wird. Die bisherigen Erfahrungen lassen darauf schliessen, dass dies nicht der Fall sein dürfte.

* * *

Ein notwendiges Nachwort

Von H.G. Ritzel, MdB

Die Etatberatung ist zu Ende und nach kurzer Pfingstpause setzt der Bundestag zum Endeput an. Die Ergebnisse der Haushaltsberatung sowie einige andere Tatsachen geben zu einigen bitteren Randbemerkungen Veranlassung. Der Haushaltsausgleich des Etats von 37,3 Milliarden DM konnte nur durch eine Kürzung lebenswichtiger Sachausgaben um 6 % gefunden werden. Mittel des Verteidigungsministeriums werden nicht gekürzt, dafür aber werden Mittel des Strassenbaus gekürzt. 13 000 Verkehrstote im Jahre 1956 erzielen bei der Bundesregierung nicht den Eindruck, dass es notwendig sei, auch das Letzte daranzusetzen, um den Strassenbau voll zu finanzieren.

Der in zwei Beratungen gestellte sozialdemokratische Antrag auf Bereitstellung von 50 Mio DM zur Beseitigung der schienenungleichen Bahnübergänge verfiel einer rücklichtlosen Ablehnung. Sozialdemokratische Anträge, die dahin gingen, durch Streichung von Militärausgaben Mittel frei zu bekommen, um den Sofortbedarf für apparative Ausstattung von Hochschulen, für wissenschaftliche Planungsmittel, für den Bau von Ingenieurschulen, für die Förderung von begabten und bedürftigen Studenten und für kriegsbedingten Nachholbedarf auf dem Gebiete des Schulhausbaues zu erlangen, verfielen der Ablehnung. Das sozialdemokratische Verlangen auf Beschaffung von medizinischen Einrichtungen und zur Ausstattung von Hilfsdiensten im Rahmen des zivilen Luftschutzes, damit im Katastrophenfall der betroffenen Bevölkerung Hilfe geleistet werden kann, wurde abgelehnt.

Sozialdemokratische Sparanträge, die eine Neuverwendung der Minister Kraft und Schäfer verhüten und überflüssige Ministerien einsparen sollten, fanden keine Gnade vor den Augen der Regierungsparteien. Auch die Anträge auf bessere Förderung des sozialen Wohnungsbaues aus öffentlichen Mitteln und der Antrag auf stärkere Unterstützung der Schulmilchspeisung verfielen der Ablehnung. Dafür hat sich hinter den Kulissen des Bundestages in den Ausschüssen einiges andere getan. Die Bundesregierung hat in bezug auf die Stationierungskosten für amerikanische, englische, französische und dänische Truppen die bisherige Behauptung fallen gelassen, wonach der Bund verpflichtet sei, solche Verteidigungs- oder Stationierungskosten zu leisten. Sie hat in Vorlagen an den Haushaltsausschuss 1,2 Milliarden DM erneut mit detaillierter Verteilung begründet, aber zugegeben, dass es sich um

6. Juni 1957

freiwillige Leistungen des Bundes handle.

Freiwillige Leistungen liegen auch in einer überaus peinlichen Angelegenheit vor. Die Öffentlichkeit erinnert sich noch der sogenannten Vulkan-sache, in der unbegründete Behauptungen und Verhaftungen durchgeführt wurden. Neuerdings hat man - nachdem man schon früher kostspielige Vergleiche eingehen musste - einen neuen Vergleich mit den Hinterbliebenen eines Mannes geschlossen, der auch in die Vulkan-Sache verwickelt war und dessen Inhaftierung Gesundheitsschädigungen zur Folge hatte, die zu seinem Tode führten. Die insgesamt recht bedeutenden Leistungen zu schiedlich-friedlicher Erledigung der Entschädigungen, die der Bund auf Grund dieser skandalösen Vulkan-Affäre bezahlen muss, führt aber nicht zu Regressansprüchen des Bundes gegen die beteiligten Beamten. Auf die Frage, warum die Bundesregierung keine Regressansprüche stelle, liess die Regierung erklären, dass es sich nur um ein leichtes Verschulden der beteiligten Beamten handle.

Anscheinend werden auch die Ausgaben ebenso leicht genommen, die aus Anlass von Staatsbesuchen im Ausland entstehen. Es soll nicht in kleinlicher Weise nachgerechnet werden, was an Sparmöglichkeiten in dem einen oder anderen Fall möglich gewesen wäre, aber wenn man weiss, dass die Gesamtkosten des Staatsbesuches in Moskau im Jahre 1955 1.072.375,28 DM betragen, die auf zwei Rechnungsjahre verteilt wurden, dass die Gesamtkosten für den Staatsbesuch in den USA vom 2.- 16. Juni 1956 280.000,- DM verursachten, dass ein weiterer Staatsbesuch in Rom vom 1. bis 15. Juli 1956 101.000,- DM verursachten, dann kommt man doch zu dem Ergebnis, dass mit weniger Begleitung und auf billigere Art solche Staatsbesuche, die an sich notwendig und erwünscht sein mögen, durchgeführt werden können. Die Zahl und die Art der an solchen Staatsbesuchen beteiligten Personen reizt direkt zum Vergleich des Aufwandes fremder Staatsbesuche, die nach der Bundesrepublik kommen.

Randbemerkungen dieser und ähnlicher Art drängen sich immer wieder auf, umso mehr, als die gleichen Verantwortlichen und darunter in erster Linie Herr Bundesfinanzminister Schäffer das Wort vom Sparen so gerne und so oft und ebenso oft überflüssig und im Widerspruch zur eigenen Politik im Munde führen.

* * *

Die ganze Menschheit geht es an

ler. Nach Vermutungen einiger amerikanischer Wissenschaftler ist der Erdboden in der Sowjet-Union doppelt so stark radioaktiv-verseucht wie in jedem anderen Land der Welt. Sie führen dies auf sogenannte "schmutzige Bomben" zurück, das sind Bomben, die zusätzlich mit einem Mantel von Uran 238 umgeben sind, der bei Explosionen die Strahlungskraft dieser Waffe vervielfacht. Treffen die Vermutungen dieser nicht namentlich genannten Wissenschaftler zu, dann wäre im mörderischen atomaren Rüstungswettlauf schon jetzt die Sowjet-Union im schweren Nachteil geraten, sie hätte sich dabei schon selbst recht gefährliche Wunden zugefügt. Dies sei, so folgern diese Wissenschaftler, auch vor allem der Grund, weshalb Moskau so hartnäckig auf der sofortigen Einstellung aller Versuche mit Kernwaffen bestehe.

Nun ist es eine unbestrittene Tatsache - und viele Wissenschaftler mit unantastbarer Autorität haben sie bestätigt -, dass radioaktiv-verseuchte Staubwolken als Folge von A- und H-Bombenexplosionen lange Zeit in der Atmosphäre schweben und über den ganzen Erdball dahinziehen. Sie halten sich nicht an die von der Politik und Geographie gesetzten Grenzen und schon gar nicht an Eisernen Vorhänge. Für sie gibt es weder eine "kommunistische" noch eine "kapitalistische" Welt. Radioaktiver Regen ging schon auf viele Teile der Erde nieder mit verheerenden Wirkungen für Tiere, Pflanzen und Menschen.

Der kürzlich veröffentlichte Appell von 2000 amerikanischen Wissenschaftlern besagt in furchtbarer Nüchternheit: Jede Steigerung atomarer Strahlungen schadet der Gesundheit der Menschen und der ganzen Welt. Sollten die Atomwaffenversuche nicht eingestellt werden, würden in 5 bis 10 Jahre eine Million Menschen ihr Leben einbüßen. Schon jetzt genügen die Zerfallprodukte der bisherigen Versuche, um 200.000 Kindern in jeder der nächsten 20 Generationen geistig und körperlich zu schaden. Der Appell dieser Wissenschaftler bezieht sich nicht auf Kinder und Erwachsene einer besonderen Rasse oder eines besonderen Kontinents, er schließt die ganze bewohnbare Erde ein. Es wäre hier auch schwierig, die Schuld an den Folgen von nuklearen Explosionen prozentual aufzuschlüsseln; ob russische oder amerikanische oder nun britische nukleare Versuchswaffen es sind, die zur Verseuchung der Erde mehr oder weniger beitragen, bleibt ohne Belang. Sie alle tragen in sich das Unheil für die Lebenden und nachfolgenden Generationen.

Der Papst, die 18 Göttinger Atomphysiker, Albert Schweitzer und nun die 2 000 amerikanischen Wissenschaftler dachten gewiss nicht an die im Vergleich zu anderen Ländern doppelt so stark verseuchte Erde der Sowjet-Union, als sie sich gegen den Wahnsinn der fortgesetzten Atomwaffenversuche wandten. Sie hatten die ganze Menschheit vor ihren geistigen Augen. Leider findet ihre Stimme noch kein Gehör, wie es die Explosionen im Pazifik und in der Wüste Nevada beweisen. Wie lange werden die Politiker von West und Ost die aufrührerische Stimme eines gepeinigten Gewissens noch missachten dürfen?

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel